

## **Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE**

### **Prekäre Arbeitssituation in der Kindertagespflege**

Die Kindertagespflege ist in Bremen ein wichtiges Standbein der U3-Betreuung. Aktuell werden hier 922 Kinder gefördert und betreut. Ab dem 1. August 2013 besteht für Kinder ab dem ersten vollendeten Lebensjahr ein Rechtsanspruch auf Betreuung. Die Kindertagespflege soll diesen Rechtsanspruch mit ermöglichen und es werden dabei hohe Erwartungen an die Kindertagespflege gestellt. Diesen hohen Erwartungen stehen jedoch sehr bedenkliche Arbeitssituationen der Tagespflegenden gegenüber.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Wie ist der Betreuungsschlüssel in den U3-Gruppen der Kitas Bremens, und wie ist der Betreuungsschlüssel in den U3-Gruppen der Kindertagespflege?
2. Wer bezahlt die Mieten, insbesondere von extern angemieteten Räumen, wenn Tageseltern plötzlich länger erkranken und/oder Einnahmen wegfallen?
3. Wie viel verdient eine Tagespflegeperson, die 40 Stunden in der Woche fünf Kinder betreut, nach allen anfallenden Abzügen einer selbstständig arbeitenden Person?
4. Inwiefern liegt bei in der Kindertagespflege arbeitenden Personen eine Scheinselbstständigkeit vor, weil sie ausschließlich für ein und denselben Arbeitgeber arbeiten?
5. Wie viele bezahlte Urlaubstage stehen einer Vollzeit arbeitenden Erzieherin in einer Kita pro Jahr zu, und wie viel Urlaub steht einer Vollzeit arbeitenden Tagesmutter pro Jahr zu?
6. Für wie viele der in Bremen arbeitenden tagespflegenden Personen ist diese Arbeit auch gleichzeitig die Existenzgrundlage?
7. Wie werden die Bürotätigkeiten und Reinigungstätigkeiten einer Tagespflegeperson entgolten?
8. Wie werden Zeiten für Elterngespräche, Elterntelefonate, Anmeldungen und Abmeldungen der Kinder entgolten?
9. Welche sozialen Absicherungsmöglichkeiten gibt es für Tagespflegepersonen, wenn diese über 15 bis 20 Tage krank sind?
10. Wer bezahlt von der Behörde angeordnete Renovierungen in den Räumlichkeiten die zur Tagespflege genutzt werden?
11. Wie wird eine Tagesmutter sozial aufgefangen, wenn sie schwanger wird?

Cindi Tuncel,  
Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE